

TRENDS



Bestattungskosten auch für unbeliebte Verwandte

Bestattungskosten (Symbolfoto: dpa) müssen nach einer Gerichtsentscheidung auch für Verwandte übernommen werden, die man nicht mag. Selbst bei geringem Kontakt springt nur dann der Sozialhilfeträger ein, wenn den verwandten Hinterbliebenen die Übernahme der Kosten wirtschaftlich oder persönlich nicht zugemutet werden kann. Dies geht aus einem am Donnerstag veröffentlichten Urteil des Hessischen Landessozialgerichts in Darmstadt hervor. Je geringer der Verwandtschaftsgrad, desto höher die Chance, nicht zahlen zu müssen: Fehlende Nähe zwischen Geschwistern führt nach dem Urteil allerdings nicht zur Unzumutbarkeit. Im konkreten Fall wollte eine Schwester wegen angeblich zerrütteter Familienverhältnisse nicht für die Bestattung des Bruders aufkommen.

ZITAT DER WOCHE

„Sic transit gloria mundi – so vergeht der Ruhm der Welt.“

Silvio Berlusconi zum Tod Gaddafis

ZAHL DER WOCHE

21,7 Milliarden

Die Ausgaben für Sozialhilfe sind im Vorjahr im Vergleich zu 2009 um fast vier Prozent gestiegen. Wie das Statistische Bundesamt am Donnerstag in Wiesbaden mitteilte, lag die Gesamtsumme bei 21,7 Milliarden Euro. Pro Kopf entspricht dies 266 Euro. Die höchsten Pro-Kopf-Ausgaben hatten die Stadtstaaten Bremen, Hamburg und Berlin mit jeweils mehr als 400 Euro. Von den westdeutschen Flächenländern gab Baden-Württemberg mit 194 Euro am wenigsten aus. In den ostdeutschen Flächenländern wandte Sachsen mit 139 Euro die geringste und Mecklenburg-Vorpommern mit 223 Euro die höchste Summe auf. Das meiste Geld wurde nach den Berechnungen der Statistiker für Eingliederungshilfen Behinderter ausgegeben. Dies waren 57 Prozent. Weitere Posten waren mit 19 Prozent Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie 14 Prozent für Hilfe zur Pflege. 10 Prozent der Ausgaben betrafen Hilfe zum Lebensunterhalt und zur Gesundheit.

„Normal“ statt „asozial“

Verband kinderreicher Familien stellt sich und seine Ziele vor **VON STEFAN REHDER**

Berlin (DT) Es kommt nicht alle Tage vor, dass ein Vorstandssprecher zum Auftakt einer Pressekonferenz den versammelten Journalisten mitteilt, einer ihrer Kollegen habe heute bereits seinen fünften Zahn verloren. Geschieht solches aber einmal doch, dann findet die Pressekonferenz entweder in einem Land statt, das von „lupenreinen Demokraten“ regiert wird oder aber im Berliner Café „Zimt und Zucker“, wo in dieser Woche der „Verband kinderreicher Familien Deutschland e.V.“ (KRFD) seine Gründung bekannt gab und einige mit Buntstiften bewaffnete Nachwuchsreporter die Gelegenheit nutzen, sich unter ihre gestandenen Kollegen zu mischen.

Als „kinderreich“ definiert der frisch gegründete Verband Familien mit mindestens drei Kindern. Solche Familien hätten in Deutschland bislang keine adäquate Interessenvertretung. Dabei ist diese Gruppe gar nicht so klein. Zwar haben nur noch 14 Prozent der Familien in Deutschland heute noch drei oder mehr Kinder. Zum Vergleich: In Irland sind das 35, in Norwegen 25 und in Frankreich 21 Prozent. Doch leben in den 1,2 Millionen Großfamilien in Deutschland immer noch mehr als sechs Millionen Menschen.

„Wir wollen dafür kämpfen, dass Großfamilien in Zukunft weder als phänomenal noch als asozial angesehen werden, sondern einfach als normal“, bringt die Vorsitzende Elisabeth Müller das Anliegen des Verbandes auf den Punkt. Die Mutter von sechs Kindern beklagt, dass die Debatte über die Familienfreundlichkeit in Deutschland nahezu ausschließlich um Finanzen und Betreuungsangebote kreise. „Das ist definitiv der falsche Ansatz. Niemand bekommt Kinder aus ökonomischen Erwägungen“, so Müller. Bei der Kinderbetreuung will sich der Verband nicht in die Grabenkämpfe zwischen Krippenbefürwortern und -gegner begeben. Dem KRFD gehe es darum, Eltern Wahlfreiheit zu ermöglichen – und die gebe es bislang nicht. Auch wende sich der Verband gegen die zunehmende Diskriminierung des Lebensmodells kinderreicher Familien und wolle Eltern „Mut machen“, sich für weitere Kinder zu entscheiden.

Dass niemand Kinder aus ökonomischen Gründen bekomme, heißt freilich nicht, dass dem KRFD die finanzielle Behandlung von Familien unwichtig sei. Es gehe natürlich auch um „Gleichberechtigung“ sagte Müller. „Wir laufen aber nicht mit dem Klingelbeutel durch die Gegend und rufen ständig mehr Geld, mehr Geld, mehr Geld“, stellte Thomas Franke, Sprecher des Vorstandes und Vater von vier Kindern klar. Bislang seien kinderreiche Familien politisch ein „Non-Thema. Das wollen wir ändern“, so Franke.

Für den Anfang will der ehrenamtlich organisierte Verband besonders familienfreundliche Unternehmen auszeichnen und besonders familienfeindliche anprangern, etwa durch die Verleihung einer „Zitronen des Jahres“. Geplant sei auch die Umsetzung der Aktion „Familie 3 +“. In deren Rahmen will der KRFD seinen Mitgliedern in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft Rabatte auf „echte Familienautos“ oder beim Besuch von öffentlichen Einrichtungen wie Schwimmbädern bieten. „Familienkarten“ seien heute meist nur auf Eltern mit zwei Kindern ausgelegt. Wenn sie mit ihrer gesamten Familie schwimmen gehen wollen, hätten zwei Kinder Platz auf der Familienkarte. „Die vier anderen müssen wir dann extra zahlen“, illustrierte Müller die derzeitige Lage.

Auch politisch hat sich der Verband einiges vorgenommen. Ein „kinderfreundliches und kinderreiches Deutschland“ könne nur entstehen, wenn die Schwellen abgebaut würden, die Paare davon abhielten, sich ihren Wunsch nach einer kinderreichen Familie zu erfüllen und die gesellschaftliche Akzeptanz kinderreicher Familien erhöht werde. Deutschland sei ein kinderarmes Land, weil Paare sich vor der Doppelbelastung von Beruf und Familie fürchten, Nachteile im Beruf erwarteten und angesichts der finanziellen Mehrbelastungen Angst vor einem sozialen Abstieg besäßen. Auch bekämen Eltern die ersten Kinder heute immer später. Zum Abbau dieser Schwellen wolle der Verband der Politik mit Rat und Tat zur Seite stehen.

„Wir sind erst am Anfang unserer Arbeit und wollen noch nicht an jeder Stelle provokante Forderungen an die Politik stellen“, erklärte der stellvertretende Vorsitzende Andreas Konrad, Vater von drei Kindern. „Für uns ist jedoch von Beginn an klar, dass solche Dinge wie Familiensplitting, die Anrechnung von Betreuungszeiten auf die Rentenansprüche sowie die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum steuerfreien Existenzminimum entschieden angefasst werden müssen.“ Dabei sei der Verband, der in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zur Schaffung familienfreundlicher Rahmenbedingungen beitragen will, „nicht auf Krawall gebürstet“, sagt Franke.



Das gab es schon einmal: 1999 lud der damalige bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber zum Empfang für kinderreiche Familien nach Bad Neustadt. Foto: dpa

gebaut würden, die Paare davon abhielten, sich ihren Wunsch nach einer kinderreichen Familie zu erfüllen und die gesellschaftliche Akzeptanz kinderreicher Familien erhöht werde. Deutschland sei ein kinderarmes Land, weil Paare sich vor der Doppelbelastung von Beruf und Familie fürchten, Nachteile im Beruf erwarteten und angesichts der finanziellen Mehrbelastungen Angst vor einem sozialen Abstieg besäßen. Auch bekämen Eltern die ersten Kinder heute immer später. Zum Abbau dieser Schwellen wolle der Verband der Politik mit Rat und Tat zur Seite stehen.

„Wir sind erst am Anfang unserer Arbeit und wollen noch nicht an jeder Stelle provokante Forderungen an die Politik stellen“, erklärte der stellvertretende Vorsitzende Andreas Konrad, Vater von drei Kindern. „Für uns ist jedoch von Beginn an klar, dass solche Dinge wie Familiensplitting, die Anrechnung von Betreuungszeiten auf die Rentenansprüche sowie die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum steuerfreien Existenzminimum entschieden angefasst werden müssen.“ Dabei sei der Verband, der in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zur Schaffung familienfreundlicher Rahmenbedingungen beitragen will, „nicht auf Krawall gebürstet“, sagt Franke.

„Wir sind erst am Anfang unserer Arbeit und wollen noch nicht an jeder Stelle provokante Forderungen an die Politik stellen“, erklärte der stellvertretende Vorsitzende Andreas Konrad, Vater von drei Kindern. „Für uns ist jedoch von Beginn an klar, dass solche Dinge wie Familiensplitting, die Anrechnung von Betreuungszeiten auf die Rentenansprüche sowie die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum steuerfreien Existenzminimum entschieden angefasst werden müssen.“ Dabei sei der Verband, der in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zur Schaffung familienfreundlicher Rahmenbedingungen beitragen will, „nicht auf Krawall gebürstet“, sagt Franke.

An Berliner Deportation der Juden erinnern

Gedenkveranstaltung „... Abgeholt“ mit Inge Deutschkron – Gefürchtete Liste **VON JOSÉ GARCÍA**

Berlin (DT) „18. Oktober 1941. Ich erschrak, als ich das Gerücht hörte, Mitglieder der jüdischen Gemeinde sollten eine Liste erhalten.“ Mit diesen Worten beginnt Inge Deutschkron die Schilderung ihrer Erinnerungen an den Tag, als der erste Berliner „Osttransport“ mit 1089 jüdischen Kindern, Frauen und Männern den Bahnhof Berlin-Grunewald in Richtung Ghetto Litzmannstadt verließ. Die Rede der 1922 geborenen Autorin und Journalistin bildet den Höhepunkt der vom Berliner Senat und der Jüdischen Gemeinde zu Berlin organisierten Gedenkveranstaltung „... Abgeholt!“ am Denkmal „Gleis 17“ (S-Bahnhof Grunewald) am vergangenen Dienstag, die an den Beginn der nationalsozialistischen Deportation von Juden aus Berlin vor genau 70 Jahren erinnern soll.

Warum die „Liste“ so gefürchtet wurde, erläutert die Überlebende: Auf diesem Formular, das der jüdischen Gemeinde ausgehändigt werden sollte, wurde der noch verbliebene Besitz der jeweiligen Person vermerkt – wer eine „Liste“ erhielt, wurde also deportiert, sein Besitz konfisziert. Hatte der Regierende Bürgermeister Berlins, Klaus Wowereit, in seinem Grußwort insbesondere im Hinblick auf die an der Veranstaltung zahlreich teilnehmende jüngere Generation bereits hervorgehoben, dass sie in den Opfern „nicht bloß Zahlen oder Statistiken, sondern immer Menschen“ sehen soll, so berichtete Inge Deutschkron von ihrer Nachbarin Frau Hohenstein: Am Abend des 18. Oktobers habe sie nach der Sperrstunde geklingelt, als sie selbst mit ihrer Mutter und ihrer Tante Karten spielte – da sie weder Radio noch Plattenspieler besitzen oder Zeitung lesen durften, blieb ihnen kaum eine andere Möglichkeit, die Zeit nach 20



Inge Deutschkron. Foto: Helmut Klein

Uhr zu überbrücken. „Zwei junge Männer in Ledermantel und mit ausdruckslosem Gesicht“ fragten nach der kränklichen, „hoch in den Sechzigern stehenden“ Frau Hohenstein. Sie habe kaum Zeit gehabt, ein paar Habseligkeiten einzupacken. Frau Hohenstein habe von der „Liste“ und den Deportationen freilich nichts gewusst. Sie habe sich sogar mit einem Lächeln verabschiedet: „Sobald ich etwas Genaues weiß, melde ich mich“. Deutschkron: „Nach zehn Minuten war alles vorüber“.

Noch am selben Abend sei die damals 19-Jährige entgegen der Sperrstunde-Vorschrift zu Frau Hohensteins Sohn gegangen: „Den Ausdruck der Verständnislosigkeit in seinem Gesicht kann ich bis heute nicht vergessen.“ Tags darauf erfuhren sie, dass die betagte Nachbarin in das Sammlager Levetzowstraße, im Gebäude der Synagoge, gebracht worden war. Weil die

dorthin Verschleppten alle über 65 Jahre gewesen seien, „ertapten wir uns bei dem Gedanken, dass wir froh waren, dass wir noch arbeiten konnten. Dieser Gedanke beschämte uns.“

Den Weg von der Synagoge zum damaligen Güterbahnhof Grunewald beschrieb Hildegard Henschel, die Ehefrau des letzten Berliner Gemeindevorsitzenden, nach dem Krieg: „Sie mussten unter strömendem Regen in einem langen Zug durch die Stadt laufen“. Inge Deutschkron: „Hier an der Rampe ging Hitlers Mordmaschinerie los“. Denn Berlin sollte „judenrein“ werden. Dabei habe keine Rolle gespielt, ob sich unter ihnen auch Künstler, Wissenschaftler oder Ordensträger aus dem Ersten Weltkrieg befunden hätten. „Wir lebten von einem Tag zum anderen in ständiger Angst. Angst, dass wir zum nächsten Transport abgeholt würden.“ „Abgeholt!“ wurde zum Inbegriff für Deportation. Am 27. Februar 1943 hatte die jüdische Gemeinde aufgehört zu existieren: Die Hälfte der 160 000 Mitglieder jüdischer Gemeinden in Berlin hatte sich ins Ausland gerettet, etwa 7 000 begingen Selbstmord, 55 000 fielen der nationalsozialistischen Vernichtung zum Opfer, etwa 1 700 überlebten in Berlin, versteckt „dank vieler mutiger nichtjüdischer Berliner“.

„Auch ich überlebte“, schließt Inge Deutschkron ihre Rede ab. Ihr sei das Gefühl geblieben, „alles mir nur möglich zu tun, um zu verhindern, dass je etwas Ähnliches wieder geschieht“. An die Jugend appelliert sie: „Wendet Euch von der Geschichte eines Landes nicht ab, das das Eure ist. Jeder Mensch, unabhängig von seiner Hautfarbe, von seiner Religion, hat ein Recht auf Leben. Bitte vergesst es nie.“

BEIM NAMEN GENANNT



ROBERT SPAEMANN, Philosoph (Foto: Archiv), hat beklagt, dass es in Europa eine Tendenz gebe, abweichende Meinungen zu verbieten. „Die Freiheit, persönliche Überzeugungen zu äußern, wird zunehmend durch einen Zwang zu politischer Korrektheit eingeschränkt“, mahnte der katholische Denker am Mittwochabend bei einer Gedenkveranstaltung zum Mauerbau in Berlin. Überzeugungen dürften nicht verboten werden, denn durch Verbote werde eine Diskussion mit Argumenten verhindert, so Spaemann. Es müsse beispielsweise erlaubt sein, zu sagen, dass Homosexualität nicht der Normalfall sei, ohne dadurch in den Verdacht zu geraten, einer Kriminalisierung der Homosexualität das Wort zu reden. Der evangelische Theologe Richard Schröder betonte bei derselben Veranstaltung, das Verbot von Meinungen sei eine „Bankrotterklärung an die eigene Argumentation“.

RAINER MARIA WOELKI, Berliner Erzbischof, hat die Anschläge auf den Zugverkehr in der Region scharf verurteilt. „Wer Bomben bastelt oder Autos anzündet, hat das Nachdenken und das Argumentieren aufgegeben“, schreibt Woelki in einem Beitrag für die Berliner Boulevardzeitung „B.Z.“ (Donnerstag). Tausende Menschen durch Sabotage zu gefährden und in Angst zu versetzen, sei kriminell.

Die Tagespost

Katholische Zeitung für Politik
Gesellschaft und Kultur
vormals Deutsche Tagespost
Katholische Zeitung für Deutschland.
Begründet von Johann Wilhelm Naumann

Johann Wilhelm Naumann Verlag GmbH, Postfach 54 60, D-97004 Würzburg, Dominikanerplatz 8, D-97070 Würzburg. – Telefon: Zentrale (09 31) 3 08 63-0, Buchhaltung 3 08 63-25, Vertrieb 3 08 63-32. – Fax 3 08 63-33 (vom Ausland aus: 00 49 vorwählen). E-Mail: info@die-tagespost.de Internet: http://www.die-tagespost.de, www.die-tagespost.at LIGA Bank BLZ 750 903 00, Kontonr.: 3 010 201, IBAN: DE50 7509 0300 0003 0102 01, BIC: GENODEF1M05.

Johann-Wilhelm-Naumann-Stiftung,
Dominikanerplatz 8, 97070 Würzburg.
LIGA Bank BLZ 750 903 00, Konto-Nr.: 3 010 244, IBAN: DE53 7509 0300 0003 0102 44, BIC: GENODEF1M05.

Herausgeber:

Domdekan Msgr. Lic. theol. Günter Putz
Chefredakteur: Markus Reder
Chef vom Dienst: Johannes Seibel
Redaktion: Regina Einig (Kirche aktuell)
Oliver Maksan (Politik, Zeitgeschehen,
Theologie & Geschichte, Sonderkorrespondent)
Markus Reder (Politik, Zeitgeschehen,
Wirtschaft, Im Gespräch, Aussprache)
Dr. Alexander Riebel (Kultur, Medien, Literatur)
Johannes Seibel (Feuilleton, Aus aller Welt, Reise)
Büro Rom/Vatikan-Korrespondent: Guido Horst
Büro Österreich/Südosteuropa-Korrespondent/
Europapolitik: Stephan Baier
Sonderkorrespondent/Bioethik: Stefan Rehder
Verlagsbeilage „Reise & Wohlfühlen“
Markus Reder, Johannes Seibel
Geschäftsführer: Dipl.-Kfm. Albrecht Siedler
Dipl.-Theol. Markus Reder
Anzeigenleitung: Anja Stichnoth

Erscheinungsweise: Dienstag, Donnerstag und Samstag. Monatlicher Abonnementpreis einschließlich 7% Mehrwertsteuer bei Inlandslieferung: EUR 17,75 einschließlich der Kosten für Postzustellung. Abonnementkündigungen sind mit vierwöchiger Frist zum Ende des berechneten Zeitraums möglich. Maßgeblich ist der Zugang beim Verlag. Änderungen des Bezugspreises werden im Monat vor dem Inkrafttreten in der Zeitung angekündigt. Sie gelten für alle laufenden Abonnements. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höherer Gewalt besteht kein Entschädigungsanspruch. Druck: Main-Post GmbH & Co. KG – Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 28 vom 1. Januar 2011. – Die Tagespost unterzieht sich der laufenden Auflagenkontrolle durch die IVW. Sie ist Mitglied im Katholischen Medienverband. – Für unverlangt eingesandte redaktionelle Beiträge wird eine Gewähr nicht übernommen. Rücksendungen erfolgen in jedem Fall nur, wenn Rückporto beiliegt.



Die Gesamtauflage enthält eine Beilage von „Förderkreis für die Schwestern Maria, Hilfe für Kinder aus den Elendsvierteln e. V.“, Pforzheimer Straße 134a, 76275 Ettlingen und als Eigenbeilage den Namenskalender der DT und ASZ, Dominikanerplatz 8, 97070 Würzburg.

Anzeige

TEXTILPFLEGE
MANTHEY



Textilpflege für Paramente

- Werterhaltung
- fachgerechtes Reinigen und Finishen im Meisterbetrieb
- Beratung bei Risikoartikeln
- versicherter Hängend-Versand an Pfarrbüros deutschlandweit

Familientradition seit über 100 Jahren
Meisterbetrieb
"Goldener Kleiderbügel 2011"

Goldener Kleiderbügel
2011

Textilpflege Manthey • Othmarstr. 7
50226 Frechen b. Köln
Tel.: 02234-58303
www.textilpflege-manthey.de